



Nationalistische Irrwege oder Emanzipation vom Nationalstaat? Ein Blick auf Katalonien und das Baskenland

von Bernd Löffler

Die Covid-19-Pandemie hat das Thema in den Hintergrund treten lassen – aber es existiert weiter: Der spanische Nationalstaat hat ein Problem mit einigen seiner Regionen. Vor allem Katalonien und das Baskenland machen schon lange durch starke Autonomie- bzw. Unabhängigkeitsbewegungen von sich reden. Aber auch in anderen Regionen, wie Galicien und Andalusien, macht sich Unmut über den Umgang des Zentrums mit ihren Interessen bemerkbar, wenn auch in geringerem Maß.

Im Rahmen ihres Projekts „Reisend Lernen“ bietet die Rosa-Luxemburg-Stiftung politische Bildungsreisen nach Katalonien und in das Baskenland an. Organisiert und begleitet werden diese Reisen von Raul Zelik, Politikwissenschaftler und ausgewiesener Kenner Spaniens und der bereisten Regionen. Zwei Reisen fanden im Oktober 2017 (Katalonien) und im Oktober 2019 (Baskenland) statt. Aus deren Erfahrungen und Ergebnissen entstand der nachfolgende Bericht.

Katalonien

Die Unabhängigkeitsbewegung in Katalonien verstärkte sich in den Jahren 2015 und 2016 und erreichte ihren Höhepunkt im Jahr 2017. Hintergründe für den sich verschärfenden Konflikt sind historischer Art (die Unterdrückung Kataloniens durch den spanischen Zentralstaat) und das Scheitern der Bemühungen um eine Neuregelung der katalanischen Autonomie am Widerstand reaktionärer Kreise der spanischen Gesellschaft. So lautet zumindest die Darstellung der Unabhängigkeitsbefürworter*innen. Das repressive Vorgehen gegen die Unabhängigkeitsbewegung durch den spanischen Zentralstaat mit Polizeieinsätzen und der harten gerichtlichen Verfolgung verschärfte die Lage weiter.

Die Gegner*innen der Unabhängigkeit warfen ihrerseits der Bewegung vor, mit ihrem Separatismus, der Rebellion und dem Schüren von Aufruhr das Ziel der Zerschlagung des spanischen Staats zu verfolgen. Dies werde nicht geduldet und unter Einsatz aller rechtlichen Mittel unterbunden.

Im Gegensatz zu osteuropäischen Entwicklungen (z.B. Ex-Jugoslawien) zieht sich die EU in diesem Fall auf die Position zurück, es handle sich um ein innerstaatliches Problem Spaniens, was in Katalonien auf weitgehendes Unverständnis und Enttäuschung stößt.

Am ersten Oktober 2017 fand eine von der spanischen Regierung als illegal deklarierte Volksabstimmung über die Ausrufung der Unabhängigkeit statt. Während die katalanische Polizei sich weitgehend zurückhielt, kam es durch die berüchtigte Guardia Civil zu brutalen Übergriffen und Versuchen, die Abstimmung zu verhindern. Am Ende sprach sich die Mehrheit der Wähler*innen für die Unabhängigkeit aus. Am 10. Oktober wurde diese vom Regionalparlament beschlossen. Auf der Plaza Catalunya warteten tausende Menschen auf die Ausrufung der Unabhängigkeit. Doch der damalige Regionalpräsident Carles Puigdemont bat überraschend darum, die Ausrufung aufzuschieben und erklärte nochmals seine Dialogbereitschaft mit der spanischen Regierung. Die Enttäuschung auf der Plaza war riesig. Für die meisten Menschen war eine große Chance vertan. Wie zu erwarten, lehnte die Zentralregierung jeglichen Dialog ab und verfolgt seitdem die realen oder vermeintlichen Anführer*innen der Unabhängigkeitsbewegung noch intensiver. Puigdemont floh ins Exil nach Belgien, viele andere führende katalanische Politiker*innen und Aktivist*innen wurden zu hohen Haftstrafen verurteilt und sitzen seither im Gefängnis.

Um sich ein umfassendes Bild von der Lage zu machen, ist es wichtig, die Hintergründe des Konflikts zu beleuchten und einen Blick auf die zahlreichen, starken Organisationen und Gruppen zu werfen, die eine sich im Aufbruch befindliche Gesellschaft prägen. Hoch interessant sind die Versuche, über einen neuen Munizipalismus die Gesellschaft von Unten zu verändern.

Eine gewaltfreie, aktivistische Bewegung prägte zum damaligen Zeitpunkt bis heute in großen Teilen die katalanische Gesellschaft. Die Stärke der Unabhängigkeitsbewegungen beruhte vor allem auf Selbstorganisationsprozessen in Kleinstädten und ländlichen Gebieten. In den großen Städten Barcelona und Tarragona hielt sich die Zahl von Befürworter*innen und Gegner*innen der Unabhängigkeit die Waage. Im Gegensatz zur Reaktion der spanischen Zentralregierung und vor allem der Justiz, war in Katalonien eine solidarische und kritische Diskussion zu beobachten. So lehnte die Stadtregierung von Barcelona, geführt von der städtischen Bewegung Barcelona en Comu und unterstützt von der inzwischen als Partei organisierten ehemaligen Podemos-Bewegung zwar die Unabhängigkeit ab, blieben aber stets in einer aufgeschlossenen Debatte mit Organisationen wie dem Kulturverein Omnium Cultural, welche die Unabhängigkeit forderten. Interessant war auch die

Kooperation zwischen bürgerlichen und linken Parteien im Kampf um die Unabhängigkeit. Allerdings wurde von Seiten mehrerer Gesprächspartner*innen klargelegt, dass diese für die Gestaltung einer zukünftigen katalanischen Gesellschaft natürlich unterschiedliche Konzepte verfolgen.

Der spanische Staat verfolgt diese Bewegungen und vor allem ihre Leitungsebenen, unterstellt ihnen den Bruch der Verfassung, einen radikalen Nationalismus und terroristische Tendenzen. Die Unabhängigkeitsbewegung jedoch beruft sich auf die Verfassung und zeichnet sich durch eine große thematische und intellektuelle Breite aus. Wenn es einen extremen Nationalismus gibt, dann war dies punktuell in Barcelona zu beobachten. Auf einer Pro- Spanien – Demonstration waren tausende Faschisten mit dem Gruß der Falange (der Partei Francos) zu beobachten. Der Versuch des Staates, dass aus seiner Sicht ernsthafte Problem autoritär-repressiv zu lösen, kann genau dies nicht leisten. Unabhängig davon, wie man zur Trennung von Regionen aus einem Staatsgebilde steht - die demokratischen Prozesse in Katalonien befanden und befinden sich auf einem weitaus höheren Niveau als in vielen anderen Teilen Spaniens und Europas.

Die gegenwärtige spanische Regierung unter dem PSOE-Politiker Pedro Sanchez, in Koalition mit Podemos kann nur mit der Unterstützung der regionalen Parteien aus Katalonien und dem Baskenland agieren. Die Alternativen wären eine große Koalition mit der konservativen Partido Popular und der neoliberalen Ciudadanos oder erneute Neuwahlen. Für diese Unterstützung versprach Sanchez neue Gespräche über die Lösung des Konflikts. Dass er sein Versprechen einhalten und zielführende Diskussionen führen wird, ist wie so oft in der spanischen Geschichte nicht zu erwarten.

Euskal Herria – Das Land der Basken

Das Konzept des Munizipalismus, einen Ansatz, der im Baskenland unter linken Stadtregierungen verbreitet ist, beinhaltet die Idee, dass lokale Selbstverwaltung und Organisation Voraussetzung für größere gesellschaftliche Veränderungen sind. Damit im Zusammenhang stehen die Partizipation der Bürger*innen in den politischen Prozessen, linke Kommunalpolitik, solidarische Ökonomie und die Entwicklung der baskischen Unabhängigkeitsbewegung. Ähnlich wie in Katalonien, hat das Bestreben der baskischen Bevölkerung nach Unabhängigkeit eine lange Tradition. Doch im Unterschied zu Katalonien wurde der Konflikt mit der Zentralregierung in der jüngeren Geschichte zum Teil gewalttätig geführt.

Im spanischen Bürgerkrieg standen die Basken auf Seiten der republikanischen Regierung und kämpften unter hohen Opfern gegen die Truppen Francos. Nachdem die USA und Großbritannien ihr Versprechen gebrochen hatten, nach dem Sieg über den Faschismus den Diktator Franco von der Macht zu entfernen,

gründete sich 1959 die baskische Widerstandsorganisation ETA. Sie bezeichnete sich in den 60er Jahren als revolutionäre Befreiungsbewegung und orientierte sich an den Guerillabewegungen in Kolumbien und an der kubanischen Revolution. 1968 verübte sie den ersten Anschlag. Zunächst untergliederte sich die ETA in vier Abteilungen: Politisch, gewerkschaftlich, kulturalistisch (Volksfeste, Sprache, Essen usw.) und militärisch. Es war die Zeit, in welcher die ETA eine starke Vernetzung im Alltag der Menschen erreichte. Nach dem Tod Francos 1975 folgte die Politik der „Transicion“, begründet als Übergang zu einer demokratischen Gesellschaft. Während die sozialdemokratische PSOE und die Kommunistische Partei der Transicion zustimmten, lehnte sie die baskische Bewegung als einen „Pakt der Eliten“ ab. In der 1970er Jahren spaltete sich die ETA in einen politischen und militärischen Zweig. Letzterer erlangte in Gesamtspanien Berühmtheit mit dem Attentat auf den als Nachfolger von Franco vorgesehenen Admiral Carrero-Blanco am 20. Dezember 1973. In den 1980er Jahren mehrten sich jedoch terroristische Attentate auf Politiker*innen und andere zivile Ziele, denen auch zahlreiche Zivilist*innen zum Opfer fielen. Das führte zur gesellschaftlichen Isolation der ETA. Der spanische Staat unter dem Sozialdemokraten Felipe Gonzalez gründete seinerseits nach lateinamerikanischem Vorbild Todesschwadronen, die in Spanien und Frankreich über 30 baskische Unabhängigkeitsbefürworter*innen und ETA-Mitglieder ermordeten. Die sture Haltung der spanischen Regierung auf der einen und die falsche Strategie der ETA auf der anderen Seite, führte zu einer Blockade der Entwicklungen. Beide Seiten standen sich mit völlig unterschiedlichen Narrativen verbissen gegenüber. Während die ETA weiter Anschläge verübte (obwohl sie eigentlich stets über das Selbstbestimmungsrecht verhandeln wollte) und politisch isoliert war, verbot die Regierung alle mögliche linken baskischen Parteien und Organisationen wegen „Unterstützung des Terrorismus“. Mittlerweile nahmen führende baskische Oppositionelle Kontakt zur ETA auf und überzeugten sie von der Einstellung des bewaffneten Kampfes. Damit begann ein neues Kapitel.

In der Zwischenzeit hatten sich in den Städten und Dörfern des Baskenlandes zahlreiche kulturelle und gewerkschaftliche Strukturen herausgebildet, die den Kampf um die Unabhängigkeit und eine demokratische Gesellschaft auf eine andere Weise führten. Als Arnaldo Otegi, ein führender Kopf der baskischen Linken, nach 16 Jahren Haft entlassen wurde, kam neuer Schwung in diese Bewegungen. Es gründete sich u.a. das linke Wahlbündnis EH BILDU, welches bei den letzten Wahlen im Baskenland zwischen 21 und 25 % der Stimmen erhielt. Es ist vor allem in Kleinstädten und Dörfern verankert, ähnlich wie die Bewegung in Katalonien. Ein erheblicher Unterschied z.B. zur Situation in anderen Ländern, wo die Linke vor allem in den größeren Städten Rückhalt findet.

Die ökonomische Situation im Baskenland ist besser als in vielen anderen Teilen Spaniens. In den 1960er und 70er Jahren entwickelte sich nach der

Deindustrialisierung eine starke Dienstleistungsgesellschaft. Eine zielgerichtete Infrastrukturpolitik führte zur Gründung zahlreicher kleiner und mittlerer Unternehmen und Genossenschaften (die besonders gefördert werden). Die Gewerkschaften verfügen über eine starke Position und werden in Entscheidungsprozesse eingebunden. Dadurch kam das Baskenland relativ gut durch die Krise von 2008/2009 und gilt als stabile wirtschaftliche Region. Das bedeutet nicht, dass es keine sozialen Probleme gibt: Hohe Lebenshaltungs- und Grundstückskosten (die Grundstückspreise in Donosti/San Sebastian sind höher als in Berlin) erschweren das Leben auch der jüngeren Generation. Wohnungen zu mieten ist eher ungewöhnlich. Junge Leute verlassen das elterliche Haus meist erst, wenn sie sich ein eigenes leisten können. Das ist bei häufig befristeten Arbeitsverträgen (50% der unter 30-Jährigen) nicht eben leicht.

Auffällig war in mehreren Kleinstädten, dass viele junge Frauen in leitenden Positionen arbeiten. In Erretería stellen sie die Bürgermeisterin; in anderen Städten hohe Beamt*innen in der Verwaltung. In allen besuchten Orten entstanden in den letzten Jahren neue Initiativen und Projekte wie zum Beispiel ein neues Frauenhaus und ein Projekt zur Unterstützung von Kleinbetrieben, die sich nachhaltig und regional verankern wollen (Erretería); ein neues kommunales Kulturzentrum (Oñati) oder eine ökologische Müllentsorgung (Hernani). In Oñati sehen Bürgermeisterin und Gemeinderätinnen, dass die Krise der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie eine Chance eröffne, neue Formen einer konsequenten Bürgerpartizipation zu erproben. Ihr Ziel sei es, den gesellschaftlichen Aufbruch der sozialen Bewegungen aus den vergangenen Jahren in die kommunalen Institutionen zu tragen, ohne dabei den radikaldemokratischen Anspruch aufzugeben oder sich im Klein-Klein der Bürokratie zu verlieren. Sie selbst betrachten sich als „Auftragnehmer*innen“ der Bevölkerung. Was diese in den verschiedenen Projekten und Arbeitsgruppen beschließen, setzen sie um. Für die beteiligten Bürger*innen ist dies eine Zusatzbelastung. Und so könne es auch passieren, dass zeitweilig zu wenig Kraft vorhanden sei, um neue Initiativen zu entwickeln. Ähnlich ist die Lage in Hernani: Hier wurden öffentliche Foren etabliert, die zu strukturellen, ökonomischen und kulturellen Themen Vorlagen erarbeiten, die dann von der Stadtregierung umgesetzt werden.

In beiden Regionen zeigt sich ein beeindruckender demokratischer und emanzipatorischer Organisationsgrad von Teilen der Bevölkerung. Dadurch gelingt es, dem Bestreben nach politischer Selbstbestimmung Formen gesellschaftlicher Selbstorganisation hinzuzufügen. Dies dürfte ein Grund für die Stärke der Unabhängigkeitsbewegungen sein – ihre tiefe Verankerung in der Gesellschaft. Dies ist auch in der Kooperative Modragon, eine der größten und erfolgreichsten der Welt in Arrasate, bei der Gefangenenhilfsorganisation Etxerrat in Hernani und der linken Zeitung „Gara“ in Donosti zu beobachten.

Aus deutscher Sicht mag man irritiert sein über die Zähigkeit dieser Bewegungen und ihrer gleichzeitigen Offenheit etwa in Fragen der Migration. Es handelt sich hierbei um Bewegungen, die bei aller notwendigen kritischen Begleitung, Solidarität benötigen. Vor allen in Zeiten einer immer stärker werdenden Tendenz zum Autoritarismus in vielen Teilen der Welt. Sie zeigen Perspektiven von gesellschaftlicher Organisation auf, die dieser Tendenz entgegenwirken. Allein das ist schon eine Würdigung wert.

Bernd Löffler

Anmerkung

Der Autor steht für Veranstaltungen zur Verfügung.
Kontakt: Bernd.Loeffler-LS-TH@rosalux.org

Bei Interesse können die Reiseberichte zu [Katalonien](#) und zum [Baskenland](#) im Internet auf der Seite der Rosa Luxemburg Stiftung nachgelesen werden.